Der Euro, ein Segen für Afrika?

Folgen der Anbindung der afrikanischen Franc-Zone an den Euro

Dirk Kohnert[1]

Abstract: The Euro, a blessing for Africa? Consequences of the peg of the African Franc CFA to the Euro

About five decades the Franc CFA-Zone in Western and Central Africa was praised as incarnation of economic and political stability in Africa, backed by France. But free convertibility and fixed parity, guaranteed by the French Treasury, mainly served the interest of a small elite of the *Messieurs Afrique*, both in France and in Africa. Generations of French entrepreneurs and of their African counterparts maintained a profitable self-service shop on expense of the African poor and the French taxpayer. In the aftermath of the devaluation of the Franc CFA in 1994, and of the peg of the currency to the Euro in 1998, the socio-economic divide between rich and poor, urban and rural regions, the formal and the informal sector even widened. However, the perpetuation of the established monetary structure of the CFA-Zone became increasingly anachronistic. As far as the political stability, previously guaranteed by the neo-colonial French Africa policy, becomes obsolete, the base for economic stability of the traditional arrangement of the currency union is threatened as well. The more so, as the CFA-Zone never fulfilled the most crucial preconditions of an optimal currency area. The peg to the EMU, orientated at the interests of highly industrialized European countries, led to an overvaluation of the real exchange rate of the CFA, and will increasingly constitute an obstacle to sustainable indigenous development in francophone Africa.

Key-words: Monetary Union, regional integration, Optimum Currency Areas, Franc CFA-Zone, Francophone Africa, Euro, EMU

JEL-code: E42; E52; F15, F31, F33, F35, F36; F5

---

[1] **Author's version** of: Kohnert, Dirk (1998): "Der Euro, ein Segen für Afrika? Folgen der Anbindung der afrikanischen Franc-Zone an den Euro". IN: *Institut für Afrika-Kunde / Hofmeier, R. (eds.)*, "Afrika-Jahrbuch - 1997", Leske u. Buderich, Opladen, 1998: 59-70.

1. Einleitung

Die Einführung des Euro zu Beginn des Jahres 1999 hat eine in der deutschen Öffentlichkeit bisher wenig beachtete Nebenwirkung; sie wird einen wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung der west- und zentralafrikanischen Franc-Zone ausüben. Da der Franc CFA ([2]) über ein Jahrzehnte altes Kredit- und Budgetabkommen direkt an den französischen Franc (FF) gebunden ist, und der FF gemäß dem Vertrag von Maastricht im Euro aufgeht, wird auch der CFA-Franc ab dem 1.1.1999 an den Euro gebunden sein. Die weitaus überwiegende Mehrheit der politischen Entscheidungsträger in den betroffenen europäischen und afrikanischen Staaten erhofft sich von dieser Anbindung segensreiche Effekte auch für die afrikanischen Wirtschaften. Die Expertisen der Befürworter sind nicht immer unparteiisch, wie im Folgenden gezeigt wird. Es werden zwar keine blühenden Landschaften in den krisengeschüttelten afrikanischen Ländern versprochen, aber die Verantwortlichen in Paris werden nicht müde zu versichern, daß die Anbindung des F CFA an den Euro nur eine Fortführung des *status quo* bedeute, und wenn überhaupt, dann einen positiven Einfluß auf die CFA-Zone habe: mehr Stabilität durch Anlehnung an eine international respektierte und machtvolle Referenzwährung, verstärkte Investitionsneigung der europäischen Partner Afrikas, bessere Absatzchancen auf dem europäischen Markt etc.. Selbst orthodoxe Vertreter neoliberaler Theorien wie der IWF -dem in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit und Strukturanpassung der Länder der CFA-Zone

---

[2] Der ursprüngliche "*Franc des Colonies Françaises d'Afrique*" oder Franc CFA (steht heute für: "Communauté Financière Africaine" in Westafrika bzw. "Coopération Financière en Afrique Centrale" in Zentralafrika) wurde als fest an die Leitwährung (FF) der französischen Kolonien gebundene Währung formell kurz vor Beginn des 2. Weltkrieges (1939) geschaffen und im Oktober 1948 auf eine Parität von 1 FF = 0,5 F CFA festgelegt. Zur Geschichte und Struktur der CFA-Zone bis 1994 s. detaillierter Kohnert 1994 sowie die dort angegebene Literatur. Die afrikanische CFA-Zone umfaßt derzeit insgesamt 15 Staaten in drei Zonen mit jeweils einer Zentralbank:

(i) 8 westafrikanische Länder (UEMOA, *Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine*: Benin, Burkina Faso, Côte d' Ivoire, Guinea Bissau (ab 01.05.97), Mali, Niger, Senegal, Togo; mit der *Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l' Ouest*, BCEAO);

(ii) 6 zentralafrikanische Länder (CEMAC, *Communauté Economique et Monétaire de l'Afrique Centrale*: Äquatorial-Guinea, Gabun, Kamerun, Kongo-Brazaville, Tschad, Zentralafrikanische Republik, mit der *Banque Centrale des Etats de l'Afrique Centrale*, BEAC), sowie

(iii) die Komoren mit der *Banque Centrale des Comores*, die den "*Franc Comorien*" herausgeben.

Die Franc-Zone schließt außerdem Frankreich, seine Überseedepartements (DOM-TOM), Monaco und Mayotte ein.

 60

eine immer gewichtigere Stimme zugestanden wird - empfehlen in dieser Frage die Fortschreibung aus der Kolonialzeit übernommener dirigistischer inflexibler Regelungen, obwohl sie sonst eher marktwirtschaftlichen Lösungen den Vorzug geben.

Die internationale Diskussion ist gekennzeichnet durch eine gewisse Einseitigkeit. Fragen nach der Effektivität der Währungsunion für die afrikanischen CFA-Länder (gemessen an deren eigener Zielsetzung: Entwicklung und Integration) werden weitgehend tabuisiert oder voreingenommen behandelt. Fundierte Analysen unabhängiger afrikanischer Wissenschaftler, die zu abweichenden Ergebnissen kommen, werden zum Beispiel in den einschlägigen IMF-Publikationen totgeschwiegen (s. Hadjimichael/Galy 1997). Die deutsche Bundesregierung mußte auf eine kleine Anfrage von Abgeordneten der Opposition zu den Folgen der Anbindung der Franc-Zone an den Euro (am 26.03.98) zugeben, daß ihr nicht bekannt ist, ob Alternativen zur Fortführung der bestehenden Vereinbarungen Frankreichs in Erwägung gezogen wurden.

Dieses Desinteresse an abweichenden afrikanischen Positionen kommt nicht von ungefähr; verständlicherweise verfolgen die politischen Entscheidungsträger erst einmal ihre eigenen Interessen. Frankreichs *messieurs Afrique* - ebenso wie ihre afrikanischen Juniorpartner, die bisher von der französischen *chasse gardée* profitierten - möchten deren Vorteile soweit wie möglich erhalten. Andere EU-Staaten wie Deutschland, Niederlande oder Großbritannien sorgen sich vor allem um die Aufweichung der Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrages durch höhere Staatsverschuldung Frankreichs wegen eventuell steigender Unterstützungszahlungen an CFA-Länder. Die deutsche Bundesbank fürchtet die Schaffung von Präzedenzfällen (z.B. Währungsabkommen zwischen Spanien und Lateinamerika, Großbritannien und Commonwealth-Ländern). Diese Bedenken sind nicht ganz unbegründet, wie die bilaterale Entscheidung Portugals für die Einrichtung einer Escudo-Zone mit Kap Verde am 17. März 1998 zeigte. Die internationale Gebergemeinschaft (IWF, Weltbank, EU etc.) nimmt - nicht zuletzt aus geopolitischen Gründen -Rücksicht auf die gewachsenen Interessen der "Frankophonie", die bisher als Garant relativer politischer Stabilität in dieser krisengeschüttelten Region galt, und ist ansonsten allenfalls deswegen an einer Anbindung des F CFA interessiert, weil diese - mit der politischen - am ehesten auch die außenwirtschaftliche und makroökonomische Stabilität in der CFA-Zone zu gewährleisten scheint.

Ziel der folgenden Ausführungen ist es, eine ausgewogenere Sichtweise der Problematik der F CFA-Anbindung und deren Bedeutung für die Entwicklungschancen der CFA-Länder unter Berücksichtigung auch der afrikanischen Perspektive zu fördern. Dazu ist es unerläßlich, die historisch gewachsenen Beziehungen und Wirtschaftsstrukturen der CFA-Zone zu kennen, und ihnen gebührend Rechnung zu tragen; eine zusammenfassende Darstellung

der großen Trends dieser Entwicklung soll daher im Folgenden die Grundlagen für eine Diskussion der Problematik der CFA-Anbindung legen.

2. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der CFA-Zone

2.1 Währungspolitische Stabilität, erkauft durch Rentenökonomie, Patronage und Dirigismus

Über zwei Generationen hinweg galt die CFA-Zone im krisengeschüttelten afrikanischen Kontinent als ein Hort währungs- und wirtschaftspolitischer Stabilität. Gegenüber dem französischen Franc (FF) war die Parität des CFA-Franc von 1948 bis 1994 unverändert (FF 1= F CFA 50); allerdings wurde der reale Wert des CFA gegenüber Drittwährungen wie dem Dollar oder der DM - im Gefolge der Wechselkursänderungen des FF - mehrmals abgewertet. Die **vier Grundprinzipien** der CFA-Zone - fester Wechselkurs mit dem FF, freie Konvertibilität, freier Geld- und Kapitaltransfer, unbegrenzte Deckung der Zahlungsbilanzdefizite der CFA-Länder durch das französische Schatzamt, den *Trésor français*, als Gegenleistung für die Deponierung von 65% der Devisen der Mitgliedsländer - sicherten Geldwertstabilität und größere Budgetdisziplin im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten sowie bevorzugte Entwicklungshilfevereinbarungen. Paris wurde nicht müde, sein besonderes Verhältnis zu seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien hervorzuheben und seine Wirtschaftsinteressen auch auf politischem, militärischem und kulturellem Gebiet abzusichern. Knapp 50 Jahre diente die CFA-Zone allerdings auch Generationen französischer Unternehmer und Politiker, den *messieurs Afrique*, und deren afrikanischen Juniorpartnern, zum eigenen Nutzen, auf Kosten des französischen Steuerzahlers sowie der Armen in den afrikanischen Ländern; sie war ein **Selbstbedienungsladen** der Elite. Französische Unternehmer in Dakar oder Abidjan gaben unumwunden zu, daß sie in Afrika doppelt so hohe Gewinnmargen wie in ihrem Mutterland verdienten. Die Preise für französische Importe im subsaharischen Afrika - durchgesetzt mittels Lieferbindungen und politischer Patronage - lagen lange Zeit 30% über den Weltmarktpreisen für vergleichbare Güter und Dienstleistungen. Damit fuhren die in das Patronageverhältnis eingebundenen afrikanischen Geschäftspartner und Intellektuellen, die an (wegen der Überbewertung des CFA) relativ billigen französischen Importen und Reisen nach Frankreich interessiert waren, ebenfalls nicht schlecht.

Der Preis dafür war, daß Paris die Geld- und Fiskalpolitik in erster Linie von seinen eigenen Außenhandelsinteressen leiten ließ (Devisen-, Zins- und Geldmengendiktat Frankreichs). Interne währungspolitische Entscheidungen Frankreichs schlugen voll auf die CFA-Länder durch (z.B. Abwertung des FF 1968), ohne auf deren Erfordernisse der Strukturanpassung Rücksicht zu nehmen. So kam es zur schleichenden Abwertung des FF, und damit des F CFA, gegenüber der DM (zwischen 1980 und 1993 um 51% von 115 CFA auf 176 CFA) bei gleichzeitiger **Aufwertung des realen Wechselkurses** gegenüber dem US-

 62

Dollar, der Leitwährung auf den - für den afrikanischen Export entscheidenden - Weltrohstoffmärkten, **um ca. 40%** (1984 - 92). Lange Zeit wehrte Frankreich die Forderung der vom IWF angeführten internationalen Gebergemeinschaft nach einer Abwertung des CFA ab und setzte auf "interne Lösungen" zur Strukturanpassung, d.h. Deflation, Senkung der Produktionskosten und Restrukturierung des Finanzsystems.

Doch die Strukturveränderungen des Welthandels sowie mangelnder Wille derjenigen französischen und afrikanischen Politiker, die nach wie vor von dem Selbstbedienungsladen der CFA-Zone profitierten, machten solche internen Problemlösungen illusorisch. Die allgemeine wirtschaftliche und politische Marginalisierung Afrikas wurde spätestens seit Mitte der 1980er Jahre auch im Rahmen der Franc-Zone sichtbar: Parallel zur Aufwertung des realen effektiven Wechselkurses **verschlechterten sich die *terms of trade*** für die Länder der CFA-Zone zwischen 1985 und 1993 im Durchschnitt um den gleichen Prozentsatz (40%). Gleichzeitig schwächten sich die französischen Wirtschaftsinteressen in Afrika deutlich ab. Französische private Direktinvestitionen im CFA-Raum, die 1975 noch 2/3 der gesamten französischen Auslandsinvestitionen ausmachten, halbierten sich innerhalb eines Jahrzehntes auf 1/3 (1987). Der Anteil Frankreichs am Außenhandel der CFA-Zone sank zwischen 1960 und 1980 von fast 50% auf 30%; an die Stelle Frankreichs traten die übrigen EG-Staaten, USA und Japan. Die Differenzierung der Außenhandelsstruktur zwischen den wohlhabenderen erdöl- und mineralienexportierenden CFA-Ländern (Gabun, Kongo, Niger, Togo) gegenüber den traditionellen CFA-Agrarexport-Ländern (Benin, Burkina Faso, Tschad), führte auch zu einer **stärkeren internen Differenzierung** des BSP und des Pro-Kopf-Einkommens innerhalb und zwischen den Mitgliedsländern von z.B. weniger als $ 190 im Tschad auf $ 3 390 in Gabun (1996).

Während anglophone Nachbarländer, wie Nigeria oder Ghana, der Wirtschaftskrise mit einer Abwertung ihrer Währung begegneten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht völlig zu verlieren, stiegen Preise der Güter und Produktionsfaktoren in der CFA-Zone gegenüber ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt an. Das führte zu einer Umkehr der Warenströme: Benin, Niger, Togo oder die Côte d'Ivoire wurden nun mit - zum größten Teil geschmuggelten - Billigimporten aus Nigeria und Ghana überschwemmt. Schlechte wirtschaftspolitische Ratgeber im In- und Ausland sowie schlechte Regierungsführung taten ihr übriges: Eine wenig diversifizierte, auf Importsubstitution und Verstaatlichung ausgerichtete Wirtschaftspolitk führte bereits vor den externen Schocks Mitte der 1980er Jahre zu einer auf Dauer untragbaren **überhöhten Kostenstruktur und steigendem Staatskonsum durch Aufblähung des Öffentlichen Dienstes sowie der parastaatlichen Betriebe**. Die Löhne der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und im formellen Wirtschaftssektor lagen in den CFA-Ländern weit über denen vergleichbarer Länder; sie betrugen Ende der 1980er Jahre im Durchschnitt - je nach CFA-

Mitgliedsland - das 6- bis 12fache des Pro-Kopf-Einkommens, im Gegensatz etwa zu Ghana, wo die Diskrepanz nur das zwei- bis dreifache betrug. Dadurch wurden die ökonomischen Aktivitäten zunehmend in den informellen Sektor der Schattenwirtschaft verdrängt.

Die Verzahnung von politischen und wirtschaftlichen Problemen führte zu einer abwärts gerichteten Entwicklungsspirale. Um in der Gunst ihrer Klientel angesichts zunehmender Wirtschaftsprobleme nicht noch weiter zu sinken, verteilten die politischen Entscheidungsträger Geschenke an diejenigen konfliktfähigen Gruppen, die sich lautstark artikulieren konnten, z.B. an hohe Verwaltungskader, Unternehmer, Lehrer, Studenten, öffentlich Bedienstete und *last not least* an traditionelle Chefs. Das führte zu **mangelnder Budgetdisziplin**, ausgedehnter **Korruption** und **Vetternwirtschaft**, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen am deutlichsten bei der **politischen Kreditvergabe** sichtbar wurden. Allein in der westafrikanischen Währungsgemeinschaft betrugen die an "Günstlinge" verteilten, nicht wieder einbringbaren Kredite über FF 20 Mrd., d.h. etwa die Hälfte der gesamten Geldmenge. Der Zusammenbruch der staatlichen Banken ging nicht selten auf Kosten der Kleinsparer, insbesondere auch der Bauern. Die **Staatsverschuldung stieg exorbitant** in nur einem Jahrzehnt im Durchschnitt von 28% des BSP (1980) auf 110% des BSP (1990). Bemerkenswerterweise verschuldeten sich die reicheren CFA-Länder (Côte d'Ivoire, Kamerun, Senegal) relativ stärker als die armen, was bewirkte, daß die armen CFA-Länder die Zahlungsbilanzdefizite der reichen CFA-Länder zu einem Drittel mitfinanzierten. Ende der 1980er Jahre war in den meisten Ländern der Schuldendienst nicht mehr gewährleistet. Frankreich mußte immer häufiger einspringen, um die Zahlungsrückstände der Schuldnerländer gegenüber dem IWF und anderen Gebern oder gar die Fortzahlung der Staatsgehälter durch kurzfristige Budgethilfe zu begleichen. 1993 benötigten die CFA-Länder Fremdfinanzierung im Gegenwert von $ 8,6 Mrd., um ihre internen und externen Zahlungsrückstände zu begleichen. Auch die Entwicklungshilfe versandete im Getriebe von Korruption und Mißmanagement. Statt der Zielgruppe der Armen half sie hauptsächlich den reichen Unternehmern und Politikern in Afrika und Frankreich - auf Kosten der Steuerzahler in den Geberländern.

Alles zusammen bewirkte eine signifikante **Verschärfung der sozialen Gegensätze** zwischen Arm und Reich, Stadt und Land, Arbeitern im formellen und informellem Sektor, etc.. In der Côte d'Ivoire, dem einzigen Land zu dem verläßliche repräsentative Statistiken vorliegen, verdoppelte sich der Anteil der Armen an der Bevölkerung ab 1986 bis 1994 von 30% auf 60%; die Arbeitslosigkeit der Lohnabhängigen im formellen Sektor verdoppelte sich in den am stärksten betroffenen Ländern Côte d'Ivoire, Kamerun und Niger ebenfalls (s. Devarajan/Hinkle 1994:132-34). Insgesamt fiel das reale Pro-Kopf-Einkommen in der CFA-Zone zwischen 1986 und 1993 um 40%. Eine Abwertung oder Freigabe des Wechselkurses wurde unausweichlich.

Die **Kapitalflucht** und Devisenspekulation nahm kurz vor der Abwertung bedrohliche Ausmaße an; sie ging auf Kosten der ohnehin schon schwachen Investitionen, des heimischen Konsums und der Armen (z. B. verringerte Wachstumschancen, Einschränkung der Sozialausgaben und zunehmende soziale Differenzierung) und trug zur weiteren Verschärfung der Einkommens- und Klassendifferenzierung bei. In der westafrikanischen Währungsgemeinschaft befanden sich allein im 1. Halbjahr 1993 ein Drittel der Geldzirkulation (F CFA 186 Mrd.) außerhalb der CFA-Zone. Nach Schätzungen des französischen Finanzministers wären in der 2. Hälfte 1993 weitere F CFA 550 Mrd. nach Frankreich geflossen, wenn nicht als Notmaßnahme die Konvertibilität des CFA-Franc ab 2.8.1993 eingeschränkt worden wäre. Für die Mehrheit der betroffenen Afrikaner ist die CFA-Zone seitdem nur noch auf dem Papier eine einheitliche Währungszone. Kapitalmobilität und Konvertibilität des F CFA wurden eingeschränkt, um Kapitalflucht zu erschweren. Die **Konvertibilitätseinschränkungen** gelten nach der Abwertung von 1994 bis heute fort; besonders betroffen sind kleinere Unternehmen und der private Zahlungsverkehr: CFA-Banknoten gelten nicht außerhalb der CFA-Zone, Banknoten der UEMOA werden nicht mehr in der CEMAC akzeptiert (und umgekehrt); transnationale Überweisungs- und Geldwechselaufträge durch Private werden durch exzessive Bearbeitungsverfahren und hohe Kontoführungsgebühren abgeschreckt, Privtbanken zu hohen Devisenvorräten gezwungen etc..

2.2 Folgen der Abwertung von 1994

Die überfällige Entscheidung für die 50%ige **Abwertung** des Franc-CFA am 12. Januar 1994 bedeutete einen Sieg der Technokraten über die alte Garde der *messieurs Afrique*. Das Leitmotiv hinter dieser Entscheidung war allerdings nach wie vor geprägt von **technokratischem Dirigismus** französischer Prägung; sie trug weder den politischen Erfordernissen einer Dezentralisierung und Demokratisierung von Entscheidungsmacht in Afrika Rechnung, noch entsprach sie den unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen der betroffenen Länder. Frankreich gab einen beträchtlichen Teil seines Einflusses - aber auch seiner finanziellen Verpflichtungen gegenüber den CFA-Ländern - an die Bretton Woods - Institute ab und knüpfte seine zukünftige Unterstützung an die Bedingung, daß die CFA-Länder strikte Strukturanpassungsabkommen mit dem IWF schlossen. Maxime der französischen Politik war, die Lasten auf mehrere Schultern zu verteilen und das Risiko zu streuen, doch die politischen und wirtschaftlichen Vorteile der *chasse gardée* soweit wie möglich zu erhalten.

Offiziell propagierten Frankreich und die internationale Gebergemeinschaft die Abwertung als großen Erfolg wirtschaftspolitischer Vernunft: Die Wirtschaft der CFA-Länder verbuchte ab 1994 wieder **positive Wachstumszahlen.** Letztere waren zumindest in der UEMOA überwiegend auf eine zunehmende interne

Nachfrage zurückzuführen und pendelten sich hier auf einem höheren Niveau ein als in der durch höhere Abhängigkeit vom schwachen internationalen Erdölmarkt und politischen Turbulenzen in einigen Mitgliedstaaten geprägten CEMAC. Das Bruttosozialprodukt stieg inflationsbereinigt in der UEMOA um 2,6% (1994), 6,2% (1996) auf 4,8% (1997) und in der CEMAC von -0,4% (1994) auf 3,7% (1997) (s. hier und im Folgenden Devey-Malu Malu 1998). Das Wirtschaftswachstum lag somit trotz abnehmender Tendenz auch in der zentralafrikanischen Region noch über dem Bevölkerungswachstum (3,1%). Experten schätzten allerdings, daß erst bei dauerhaften Wachstumsraten von über 6% die Armut in der Region signifikant gemindert werden kann. Die Investitionsrate betrug in der CFA-Zone 1997 20% des BIP gegenüber durchschnittlich 15% in der Zeit von 1986-93; durch verstärkte Budgetdisziplin und **außergewöhnlich hohe Transfers** (Entwicklungs-, Strukturanpassungs- und Budgethilfe seitens Frankreich, IWF, etc.) gelang es, das Haushaltsdefizit (durchschnittlich 6,5% des BIP in der CFA-Zone 1986-93) bis 1997 auf -4,5% (UEMOA; +4,3% 1996) bzw. -0,9% (CEMAC; -4,1% 1994) zurückzuschrauben. Die Inflationsrate konnte trotz der abwertungsbedingten Preissteigerungen für Importe von durchschnittlich 30,6% (1994) auf 4,1% (1997) zurückgedämmt werden; die seit der Abwertung kumulierte Inflationsrate fiel in den westafrikanischen CFA-Ländern mit 56% (UEMOA, 1994-97) deutlich niedriger aus als in den zentralafrikanischen Ländern (CEMAC:66%). Durch diese u. a. mittels staatlicher Preis- und Lohnkontrollen abgeschwächte Inflation gelang es, den größten Teil der durch die Abwertung gewonnenen Wettbewerbsvorteile auf den internationalen Rohstoffmärkten zu halten. Die Abwertung des effektiven realen Wechselkurses des F CFA (d.h. des mit der Außenhandelsentwicklung gewichteten und um die Inflation bereinigten Kurses seit Dez. 1993) betrug z. B. 30% für die Côte d' Ivoire und 25% für Kamerun. Die Außenhandelsbilanz ergab sogar einen Überschuß. Die Exporte nahmen wieder zu (um 19,4% 1995 und um 13,4% 1997), ebenso wie die Importe, die im Jahr der Abwertung um 13% zurückgegangen waren und nun wieder als Folge wiedergewonnenen Vertrauens in die wirtschaftliche Stabilität um 21% (1995), 7,9% (1996) und 10% (1997) anstiegen. Die Devisenreserven der BCEAO stiegen 1997 um 20% auf $ 3,3 Mrd. und entsprachen damit 105% der in dieser Region zirkulierenden Geldmenge, im Gegensatz zu nur 17% vor der Abwertung; sie deckten 1997 die Importe für etwa sechs Monate für die westafrikanische BCEAO und für vier Monate für die zentralafrikanische BEAC.

Auf Grund der unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Ausgangsbedingungen gab es somit erhebliche **intra-zonale Unterschiede** hinsichtlich der abwertungsbedingten wirtschaftlichen Wiederbelebung: während die Regierung der Côte d' Ivoire schon euphorisch von Wachstumsraten ähnlich der der “asiatischen Tiger” träumte, mußte der Ministerpräsident Nigers, A.

 66

Babakar Cissé, Anfang 1996 offen zugeben, daß sein Land als einziges in der UEMOA nicht von der Abwertung profitiert hatte (Alibert 1997:1799).

Außerdem war die Erholung der Exportmärkte für die CFA-Zone nicht allein auf die Abwertung zurückzuführen, sondern vor allem auf **günstige Trends** der internationalen Rohstoffpreise für die Hauptexportgüter der Zone außer Erdöl (Kakao, Kaffee, etc.) und auf den steigenden Wert des Dollars seit Mitte 1995. Abnehmendes Wirtschaftswachstum im Zeichen der Asienkrise ab 1997 machten deutlich, wie anfällig die auf Rohstoffexporte angewiesenen Wirtschaftssysteme der Zone von externen Schocks weiterhin waren. Besonders die westafrikanischen Exporteure waren der direkten Konkurrenz indonesischer und malaysischer Kakao-, Kaffee- und Kautschukexporte ausgesetzt. Französische Wirtschaftsexperten schätzten den **negativen Einfluß der Asienkrise** auf die Wachstumsrate der CFA-Zone im kommenden Jahr im April 1998 als eher gering ein (voraussichtliche Wachstumsminderung in der UEMOA von 5,2% auf 4,7%; CEMAC von 4,5% auf 3,9%; Le Monde, 11.04.98); in den Folgejahren sind aber stärkere Einbußen zu befürchten. Die Aufrechterhaltung der Budgetdisziplin und die Eindämmung der Teuerungsraten war im übrigen nur mit **massiver externer Unterstützung** der Gebergemeinschaft, großzügiger Kreditvergabe und Schuldenerlaß ermöglicht worden. Keineswegs alle Gesellschaftsschichten profitierten gleichmäßig von der Abwertung. Besonders benachteiligt waren die auf subventionierte Nahrungsmittel- und Arzneiimporte angewiesenen städtischen Armen, sowie Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes, die nun **Stellenabbau und Reallohnminderung** (letztere bezifferten die Staatsbediensteten z.B. in Yaoundé mit 27% und in Abidjan mit 15%) in Kauf nehmen mußten. Während 1993 gut 60% der Staatseinnahmen (ohne Entwicklungshilfe) der CFA-Zone zur Begleichung der Löhne und Gehälter des Öffentlichen Dienstes aufgewandt wurden, sank dieser Anteil zwischen 1994 und 1997 in der UEMOA von 44,4% auf 34,4% und in der CEMAC von 43,8% auf 27,3%. Die durch den erhöhten Wettbewerbsdruck mitbedingte Minderung ihres Realeinkommens verstärkte die Bestechlichkeit vieler Staatsdiener. Insgesamt nahm die **Korruption** in der CFA-Zone trotz Antikorruptionskampagnen und Auflagen der internationalen Geber hinsichtlich "guter Regierungsführung" und "*accountability*" spürbar zu (Alibert 1997: 1800). Frankreich, IWF und Weltbank bemühten sich, durch **Sonderprogramme zur sozialen Absicherung** die negativen Effekte auf die Armen zu mildern. In den Ländern der Zone, die verstärkte Strukturanpassungsprogramme mit dem IWF abgeschlossen hatten, nahmen Ausgaben für Gesundheit und Erziehung bis 1996 durchschnittlich um 50% bzw. 38% zu. Die UEMOA verabschiedete sogar ein Gesetz zur Einrichtung eines Strukturausgleichsfonds, der aus Solidaritätsbeiträgen der Mitgliedsländer (0,5% der Importzollabgaben aus Drittländern) gespeist werden sollte.

2.3 Entwicklung der regionalen Kooperation seit der Abwertung

Der intra-regionale Handel in der CFA-Zone - einer der wesentlichen Indikatoren regionaler Kooperation - war bisher vernachlässigbar gering. Er betrug durchschnittlich 9% 1970-93; 11% in der UEMOA-Zone, 6% in der CEMAC-Zone. Im Vergleich dazu betrug er in der EU über 60% des gesamten internationalen Handels der Gemeinschaft); die Außenhandelsabhängigkeit von Europa (insgesamt über 50% der Im- und Exporte der CFA-Zone; davon Frankreich 18% der Exporte, 31% der Importe 1990-96) war groß, bei gleichzeitiger extremer Anfälligkeit für externe Schocks (z. B. der Rohstoffmärkte). Die meisten der CFA-Länder hingen darüber hinaus am Tropf der Entwicklungshilfe. Auf dem Gebiet regionaler Kooperation unternahmen die Staaten der CFA-Zone weitere formelle Schritte, um die Abwertungserfolge - und letztenendes die Währungsunion - nicht durch eine zu disparate Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedstaaten zu gefährden. Mit der Abwertung unterzeichneten die Mitgliedsstaaten der west- und zentralafrikanischen CFA-Zone **Verträge über die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft** in den jeweiligen Zonen (UEMOA und CEMAC). Ziel dieser Verträge war die Einrichtung eines durch eine Zollunion sowie durch eine Harmonisierung der Steuer- und Finanzpolitik zusammengeschweißten gemeinsamen Marktes. Wichtige Institutionen und rechtliche Rahmenbedingungen wurden ab 1995 geschaffen und eine Vereinheitlichung der Zollsätze auf eine Bandbreite von 5-30% sowie die Abschaffung von Importquoten beschlossen (aber noch nicht durchgeführt). Der UEMOA gelangen auf diesem Gebiet größere Fortschritte als der CEMAC. Ende März 1998 wurde das *Comité interparlamentaire* - ein Vorläufer des geplanten Parlaments der UEMOA - feierlich in Bamako eröffnet; Anfang April 1998 folgte die Gründung der *Chambre consulaire régionale* (als 2. Kammer und Beratungsorgan der UEMOA, mit 56 Mitgliedern - je 7 pro Land - mit Vertretern aus Berufs- und Unternehmerverbänden). Zur gleichen Zeit nahm der *Cour de justice* der UEMOA seine erste Sitzung des Jahres 1998 auf; er hatte die Aufgabe, die Einhaltung der UEMOA-Verträge zu überwachen. Ebenfalls im April 1998 legten die CFA-Länder den Grundstein zur Harmonisierung des Handels- und Investitionsrechts im Rahmen der 1991 gegründeten *Organisation pour l'Harmonisation en Afrique du Droit d'Affaires* (OHADA). Die OHADA hat vier Hauptkomponenten: einen Gerichtshof in Abidjan, eine Ausbildungsstätte für OHADA-Juristen in Porto Novo, ein permanentes Sekretariat in Yaoundé sowie einen Rat der Justiz- und Finanzminister. Skeptiker befürchten allerdings, daß diese Regelungen ähnlich ineffektiv sein werden wie das Handelsprotokoll-System der ECOWAS. Die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit wurde u.a. auch darin offensichtlich, daß die von der UEMOA für Januar 1998 geplante Harmonisierung der externen Importzölle (auf 35%, in drei Stufen innerhalb von drei Jahren auf max. 20% abzusenken) im Dezember 1997 kurzfristig auf das Jahr 2000 verschoben wurde. Die Erfahrungen mit ähnlichen Initiativen (z. B. der

 68

ECOWAS) in der Vergangenheit ließen eine gewisse Skepsis als berechtigt erscheinen, zeigten sie doch, daß solche Beschlüsse oft nicht viel mehr wert waren, als das Papier auf dem sie geschrieben standen. Die Kluft zwischen den von Integrationsmaßnahmen positiv und negativ betroffenen Gruppen und Mitgliedstaaten war zu groß, und es fehlten der politische Wille sowie die Mittel zur Umsetzung der Beschlüsse:

3. Die Aufrechterhaltung der CFA-Zone in der bisherigen Form ist ein Anachronismus

3.1 Die Voraussetzungen einer optimalen Währungszone sind nicht erfüllt

Eine wesentliche Zielsetzung der Wirtschaftsunion der CFA-Zone ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der in ihr lebenden Menschen im Allgemeinen und die Schaffung oder Konsolidierung einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedstaaten im Besonderen. Das seit 1996 mehrfach bekräftigte Votum der CFA-Länder (u. a. auf der Sitzung der Finanzminister der CFA-Länder am 10.4.98 in Libreville, Gabun) für die Aufrechterhaltung der CFA-Zone in ihrer bisherigen Form widerspricht angesichts der o. g. Zielsetzung sowie der skizzierten intra-regionalen strukturellen Ungleichgewichte den Grundsätzen wirtschaftspolitischer Vernunft.

Unter Wirtschaftsexperten wird allgemein konzediert, daß die CFA-Zone in ihrer bisherigen Form so gut wie alle wirtschaftstheoretischen Kriterien einer **optimalen Währungszone** gröblich verletzt. Fast alle konventionellen Voraussetzungen für deren Einrichtung (bzw. Aufrechterhaltung) werden von der CFA-Zone nicht erfüllt: niedrige Transaktionskosten, hohe Mobilität der Produktionsfaktoren, koordinierte Haushaltspolitik, gleiche Auswirkungen externer Schocks (z.B. Erhöhung der Erdölpreise), gut ausgebildetes inter-regionales Handelsnetz etc. (eine detailliertere Diskussion der Theorie optimaler Währungszonen ist nicht Aufgabe dieses Artikels; s.dazu Monga 1997:105-109; Hadjimichael/Galy 1997:11 sowie die dort angegebene Literatur). Dies gestanden auch Ökonomen internationaler Geber zu (s. Hadjimichael/Galy 1997:11), nur zogen sie daraus keine entsprechenden Konsequenzen, obwohl sie selbst zugestanden, daß "*political considerations and a perceived need to preserve the special economic and political links to France appeared to have dominated the decisions of policymakers in the CFA franc zone, at the cost of regional economic considerations* "(Hadjimichael/Galy 1997:13). Selbst diejenigen, die bezweifelten, daß die Theorie optimaler Währungszonen auf afrikanische Entwicklungsländer anwendbar ist, konstatierten, daß die bisherige wirtschaftspolitische Ausrichtung der CFA-Zone den Grundregeln einer nachhaltig entwicklungsorientierten Fiskal- und Geldpolitik widerspricht (s. Monga, 1997: 110-113, sowie die dort angeführte Literatur). Schließlich stellt die Abfolge von Wirtschafts- und Währungsunion in der CFA-Zone die wirtschaftspolitisch gebotenen Prioritäten auf den Kopf; dies fällt umsomehr ins

Gewicht, als die Heterogenität der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen in dieser Zone noch ausgeprägter ist als z. B. in der EU. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern in den 50 Jahren der Existenz der Zone weiter vergrößert statt verkleinert haben, wie bereits oben dargestellt wurde.

3.2 Wirtschaftspolitische Vor- und Nachteile einer festen Anbindung des F CFA

Das mangelnde Vertrauen in die Selbsthilfekräfte der afrikanischen politischen und wirtschaftlichen Systeme der Zone ist einer der - oft nur implizit genannten - Hauptgründe der Befürworter für eine Fortschreibung der bisherigen Regelungen der CFA-Zone. Die feste Bindung einer per se schwachen afrikanischen Währung an eine harte westliche Währung (wie den FF oder den Euro) wird als Garant für ein Mindestmaß an Stabilität gesehen, und die negativen Erfahrungen der Hyperinflation mit "weichen" afrikanischen Währungen, wie der des *Zaire* oder des ghanaischen *Cedi* in den 1980er Jahren, als warnendes Beispiel angeführt.

Welche Vor- und Nachteile versprechen sich nun die Befürworter einer festen Anbindung von dieser Regelung? Nach Ansicht Frankreichs und des IWF ergeben sich für die CFA-Länder die folgenden drei Hauptvorteile (s. Hadjimichael/Galy 1997:19-24): Erstens erleichtere die feste Anbindung den Zugang zum europäischen Kapitalmarkt. Der freie Kapitalverkehr, der bereits mit Frankreich (mit Einschränkungen, s. Kap.2.1) existiert, wird auf die gesamte EWU ausgedehnt, was die Investitionsneigung europäischer Firmen in den CFA-Ländern fördere. Zweitens verbessere die Bindung des F CFA an eine harte Währung wie den Euro die Stabilität des Wechselkurses, weil sie (importierte oder hausgemachte) inflationäre Tendenzen eindämme. Drittens ergeben sich nach Ansicht des IWF positive *output*-Effekte durch verbesserten Zugang der CFA-Länder zum wachsenden europäischen Markt; dadurch erhöhten sich außerdem Anreize für eine Exportdiversifizierung. Der IWF sieht aber auch Risiken der festen Anbindung an eine harte Währung. Ein starker Euro gegenüber dem Dollar und Yen wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der CFA-Länder, deren Hauptexportprodukte wie Kakao, Kaffee, Baumwolle und Erdöl in Dollar gehandelt werden, wegen des dadurch bewirkten Aufwertungseffektes des realen effektiven Wechselkurses des F CFA signifikant beeinträchtigen. Außerdem begünstigt eine Überbewertung des F CFA verbilligte Importe, insbesondere von Konsumgütern (z.B. von Grundnahrungsmitteln), auf Kosten lokaler Produktion. Eine analoge Situation in den 1980er Jahren hatte schon einmal wesentlich zur Abwertung des F CFA (1994) beigetragen. Zwar profitierten die CFA-Länder von den durch den Lomé-Vertrag abgesicherten Stabex- oder Sysmin-Stabilisierungsfonds, die bisherige Erfahrung zeigte aber, daß dies nicht zur Abfederung externer Schocks ausreichte (s. Kappel 1993:275); gleiches gilt für die theoretische Möglichkeit, Rohstoffexporte im Falle einer

Überbewertung der Währung durch interne Anpassungsmaßnahmen (z.B. Exportsubventionen, Importzölle) zu schützen. Um sich gegen dieses Risiko abzusichern, rät der IWF zu einer beschleunigten Durchführung seiner Strukturanpassungsprogramme.

Solch eine Argumentation trägt allerdings den im Rahmen der Globalisierung gewandelten politischen Tendenzen Afrikas nicht Rechnung. Der Unternehmer (in Afrika und anderswo) mag zwar in erster Linie an stabilen, berechenbaren Verhältnissen, ganz gleich unter welchen politischen Vorzeichen, interessiert sein. Insofern waren französische Unternehmer jahrzehntelang gut gefahren mit ihrer *chasse gardée,* zu deren Aufrechterhaltung die CFA-Zone maßgeblich beigetragen hat (s. Kap. 2.1). Die politischen Grundlagen der Patronage und der Rentenökonomie, und damit der gerühmten Stabilität der CFA-Zone, wurden aber durch den "zweiten Wind des Wandels" in Afrika, konkret durch oppositionelle afrikanische Politiker und durch die erklärte Entwicklungspolitik der internationalen Gebergemeinschaft, einschließlich der EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Großbritannien oder die Niederlande, massiv in Frage gestellt. Die EU in ihrer Gesamtheit kann kein Interesse daran haben, ein überholtes, an Relikte französischer Kolonialzeit anknüpfendes politisches CFA-System zu stützen. Die Entwicklungspolitik der EU gegenüber der CFA-Zone - ebenso wie die der internationalen Geber - wird sich im Gegenteil noch stärker als bisher an den o.g. Kriterien politischer Konditionalität ("*good governance*", Rechtsstaatlichkeit, *accountability* etc.) orientieren und somit eher einem grundlegenden politischen Umbruch die Steigbügel halten.

Mit der politischen Stabilität alter *couleur* entfällt auch die Grundlage der wirtschaftlichen Stabilität der CFA-Zone. Mit der französischen Entscheidung, ihre besonderen währungspolitischen Beziehungen zur CFA-Zone aufrecht zu erhalten, wird sich die Währungspolitik der CFA-Zone zwangsläufig noch stärker als bisher an den wirtschaftlichen Erfordernissen der EU orientieren, denen sich Frankreich aus übergeordnetem Eigeninteresse noch stärker als bisher (s. Kap. 2) beugen muß. Durch die feste Anbindung des F CFA an die EWU sind die CFA-Länder mittel- und langfristig genötigt, die Geldpolitik der EWU zu übernehmen, die für die Zwecke hochindustrialisierter europäischer Staaten konzipiert wurde (Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages: Haushaltsdefizit unter 3% des BIP; öffentliche Verschuldung unter 60% des jährlichen BIP; niedrige Inflationsrate etc.) Im analogen Fall der am 17.3.98 in Lissabon beschlossenen Anbindung des kapverdianischen Escudo an den Euro hatte sich beispielsweise die Regierung der Kapverden bereits selbst verpflichtet, die Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrages ihren Haushaltsentwürfen für die Jahre 1998 bis 2000 als Parameter zu Grunde zu legen (s. Marchés Tropicaux, 22.5.1998:1067). Die Eignung dieser Geldpolitik für afrikanische LLDCs ist höchst fraglich. Der F CFA wurde durch die zwangsläufige Orientierung an der Geldpolitik eines "*Franc fort*" tendenziell überbewertet und wäre einem kontinuierlichen

Abwertungsdruck ausgesetzt. Weder Frankreich, dessen Schatzamt den CFA-Ländern eine unbegrenzte Konvertibilität garantiert, dessen ökonomisches Interesse an Afrika aber insgesamt weiterhin abnimmt (s. Kap. 2), noch die CFA-Länder können und wollen mittel- und langfristig eine feste Parität des F CFA zum Euro finanzieren. Hierauf verwies der ehemalige französische Ministerpräsident Pierre Messmer in einem aufsehenerregenden Interview im April 1998 im Magazin *Jeune Afrique* (07.04.98) in ungewohnter Offenheit, sehr zum Leidwesen des politischen Establishments in Frankreich. Der französische Finanzminister Dominique Strauss-Kahn widersprach Messmers Thesen vehement mit dem Argument, die makroökonomischen Daten der CFA-Länder erforderten für die absehbare Zukunft keine Paritätsänderung. Er stützte sich dabei auf neueste Daten des *Trésor français,* der im Dezember 1997 verkündete, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Zone gemessen am realen effektiven Wechselkurs (+33%) seit der Abwertung ebenso wie die Zahlungsbilanz sehr günstig entwickelt habe, Inflationstendenzen gebannt seien und der nigerianische *Naira* gegenüber dem F CFA real aufgewertet habe, was sich ebenfalls günstig auf die Wettbewerbsfähigkeit der Region auswirke.

4. Alternativen zum *status quo*: Plädoyer für eine modifizierte CFA-Zone

Welche Entwicklung ist angesichts dieser divergierenden Auffassung wahrscheinlich? Im Wesentlichen gibt es vier mehr oder weniger realitätsnahe Handlungsalternativen: Erstens, das bisherige CFA-System erweist sich mittelfristig als überlebensfähig. Ob die feste Anbindung des F CFA an den Euro im Rahmen der währungspolitischen Vereinbarungen des Maastricht-Vertrages (Artikel 111; “Vereinbarungen mit Dritten, Währungsabkommen”; ex-Artikel 109(1)) unter die Zuständigkeit der dafür vorgesehenen EU-Gremien (Ministerrat, Ecofin, d. h. der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Staaten, oder die Europäische Zentralbank (EZB)) fällt oder nicht ist aus dieser Perspektive zweitrangig, und zudem weniger eine juristische als eine politische Frage. Inhaltlich wäre die Behandlung der CFA-Anbindung als Währungsabkommen im EU-Ministerrat, der für die äußere Währungspolitik der EU zuständig ist, die sachgerechte Lösung, wobei man allerdings der Gefahr der Festlegung eines “politischen Wechselkurses” vorbeugen sollte. Paris betonte demgegenüber, daß es sich beim F CFA nicht um ein Wechselkurssystem handelt sondern nur um einen Kreditmechanismus, für den daher auch nicht die französische Zentralbank, sondern das Schatzamt bzw. das Finanzministerium einzustehen habe. Da die EU-Mitgliedstaaten ihre Haushaltsführung souverän (im Rahmen der o.g. Maastricht-Kriterien) gestalten können, sah Frankreich auch keinen Grund, sich in seine Entscheidungen über die CFA-Zone von den übrigen EU-Mitgliedern “hereinreden” zu lassen. Allerdings bestand bei dieser von Frankreich, dem IWF und dem EU-Ministerrat geteilten Interpretation auch keine Interventionspflicht der EZB zur Stützung des Wechselkurses des F CFA. Das heißt im Klartext, die

rigoros auf Bewahrung der Überreste der *chasse gardée* bedachte Politik der französischen Regierung verhindert, daß die EU mehr entwicklungspolitische Verantwortung für die CFA-Länder übernimmt. Letzteres kommt den meisten EU-Staaten - trotz anderslautender Bekundungen - nicht ganz ungelegen, da Länder wie Deutschland oder die Niederlande den F CFA ohnehin als koloniales Relikt ansehen. Sie befürchten allerdings, daß Frankreich über die Hintertür des bis zum Jahr 2000 neu auszuhandelnden Lomé-Abkommens, oder über ergänzende Entwicklungshilfevereinbarungen, die mit der CFA-Zone verbundenen Lasten (unter Wahrung des eigenen Vorteils) auf die Schultern der EU abwälzen möchte; Hauptleidtragende wären letztenendes aber nicht die EU-Bürger sondern die Einwohner der betroffenen afrikanischen Länder, die weiterhin mit überholten suboptimalen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen leben müssen und zusätzlicher EU-Hilfe verlustig gingen.

Eine zweite Möglichkeit wäre, daß die CFA-Länder anläßlich der Einführung des Euro entscheiden, sich vom FF zu lösen und an eine andere Referenz-Währung, z.B. den Dollar, oder an einen Währungskorb von Landeswährungen mehr oder weniger flexibel zu binden. Drittens könnten die CFA-Länder eine direkte feste Bindung an den Euro mittels eines regulären Währungsabkommens mit der EU beantragen. Solch eine direkte Bindung würde allerdings aller Wahrscheinlichkeit nach von Brüssel mit härteren Auflagen hinsichtlich der Strukturanpassung der CFA-Länder verbunden werden als das bestehende Abkommen mit Frankreich, so daß eine Zustimmung der etablierten afrikanischen Entscheidungsträger auf absehbare Zeit so gut wie ausgeschlossen ist. Viertens könnten sich die CFA-Länder gezwungen sehen, angesichts der o.g. zunehmenden Disparitäten zwischen Küsten- und Binnenländern, sowie zwischen UEMOA und CEMAC, nationale Währungen einzuführen, um durch eine nationale Geld- und Währungspolitik inneren politischen Unruhen und Wirtschaftskrisen zu begegnen. Diese Hypothese hat die größten Realisierungschancen, wenn die Entscheidungsträger der CFA-Zone eine Entscheidung über die Anpassung ihrer Währungspolitik an die Erfordernisse regionaler Integration und des Strukturausgleichs so lange hinauszögern bis die wirtschaftliche und politische Kluft zwischen Arm und Reich in der Region zu antagonistischen Auseinandersetzungen führt.

Kurzfristig hat sicherlich die erste Hypothese die größten Realisierungschancen; d.h. der FCFA wird ab 1.1.1999 über die bestehenden Kredit- und Budgetabkommen mit Frankreich,wie am 6.7.98 vom Ecofin beschlossen wurde, an den Euro mit fester Parität gebunden. Für die Bevölkerung der CFA-Länder wird sich zunächst einmal nichts ändern, abgesehen von der nach wie vor nicht auszuschließenden abermaligen Abwertung des F CFA anläßlich der Einführung des Euro. Mittelfristig, d.h. vermutlich bereits innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre, ist aber eine abermalige Abwertung aus den o.g. Gründen wahrscheinlich unausweichlich. Der dadurch ausgelöste zusätzliche

Vertrauensverlust in den F CFA seitens der afrikanischen Bevölkerung kann zum Zusammenbruch der einheitlichen CFA-Zone mit fester Parität führen. Diejenigen, die für Stabilität im Sinne einer Fortführung des *status quo* plädieren, setzen mittelfristig die Chancen einer stabilen und nachhaltigen Entwicklung der CFA-Zone aufs Spiel. Ihr Konservativismus bewirkt, daß die Kosten der Beibehaltung des *status quo* weiter steigen und sich derzeit noch existierende Chancen einer Fortführung der CFA-Zone in modifizierter, den afrikanischen Verhältnissen angepaßter Form (s.u.) weiter vermindern. Zwar verweist die französische Regierung gerne darauf, daß der Gesamtwert der F CFA-Geldmenge nur 2% bis 4% des Notenumlaufs des FF entspricht und das französische Schatzamt bisher bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten der afrikanischen Länder selbst in Extremsituationen, wie 1993 kurz vor der CFA-Abwertung, nur mit FF 4,6 Mrd. (DM 1,4 Mrd.) aushelfen mußte. Dabei wird allerdings verschwiegen, daß die Kosten der CFA-Zone sich für den französischen Staatshaushalt und Steuerzahler nicht auf den Zahlungsbilanzausgleich beschränken, sondern auch die Vorzugsbehandlung der Zone bei der Vergabe von Entwicklungshilfe (von 1980 bis 1994 vervierfacht von FF 3 Mrd. auf FF 12 Mrd.) und beim Schuldenerlaß umfassen.

Das Vertrauen der afrikanischen Bevölkerung in den F CFA hatte mit der Abwertung von 1994, die zu den am längsten vorhersehbaren und am schlechtesten vorbereiteten Abwertungen der Welt zählte, einen irreparablen Bruch erlitten. Spekulationsgewinnen wurden damit Tür und Tor geöffnet; die Kosten hatten die mittelständischen und ärmeren Schichten, insbesondere der urbanen Zentren, zu tragen, deren Kaufkraft sich seit 1994 nahezu halbiert hat; der ca. 20%ige Rückgang im realen Pro-Kopf-Einkommen der Zone zwischen 1981 und 1994 konnte durch die Aufwertungseffekte bis heute erst um 7% kompensiert werden. Es überrascht daher nicht, daß kurz vor dem Termin der geplanten Umstellung der Anbindung des F CFA (1.1.1999) die Gerüchte über eine erneute Abwertung nicht verstummen wollten. Die Staatschefs der betroffenen afrikanischen Länder gaben ihrer Besorgnis darüber seit dem franko-afrikanischen Gipfeltreffen im Dezember 1996 in Ouagadougou wiederholt, und seit dem oben erwähnten Interview Pierre Messmers in immer dringlicherer Form Ausdruck. Präsident Omar Bongo sprach auf dem Treffen der Finanzminister der CFA-Zone in Libreville (Gabun) am 10.04.98 von zunehmender Kapitalflucht nach Europa oder den Vereinigten Staaten und beschwerte sich, daß selbst gabunesiche Hotels sich schon weigerten, CFA-Banknoten zu akzeptieren. Wegen ähnlicher Gerüchte begannen Banken in Abidjan und Dakar im April den Tausch gegen FF weiter einzuschränken. Der französische Finanzminister tat diese Befürchtungen als "Psychose" ab und versuchte - ebenso wie der Repräsentant des IWF - zu beruhigen; beide hielten dagegen, daß alle Wirtschaftsdaten für eine Beibehaltung der Parität sprächen (Le Monde, 12./13.4.98). Angesichts der gegenwärtigen asiatischen Krise und der vom schwachen Yen möglicherweise

 74

ausgelösten Abwertungsspirale asiatischer Währungen waren die Befürchtungen um eine abermalige baldige Abwertung des FCFA allerdings kaum als "Psychose" abzuqualifizieren. Die neuesten Prognosen über die Entwicklung der *terms of trade* für afrikanische Rohstoffexporte sprachen von nachgebenden Trends zwischen 1997 und 2006; seitdem fielen die Rohstoffpreise stärker als erwartet, was den Druck auf die CFA-Rohstoffexporte erhöhte. Möglicherweise haben letztere zukünftig entscheidende Wettbewerbsnachteile, wenn sie auf diese Situation nicht mit einer flexiblen Währungspolitik reagieren können, wie die Konkurrenz in Südost-Asien, Lateinamerika, Osteuropa oder selbst in benachbarten afrikanischen Ländern. Der französische Ökonom Emil-Maria Claassen warnte daher kürzlich davor, daß zwei von drei notwendigen (wenn auch nicht hinreichenden) **Voraussetzungen des Zusammenbruchs der CFA-Zone** unter "externen Schocks" bereits erfüllt seien: feste Parität und eingeschränkte Konvertibilität; die dritte, ein Schwarzmarkt für F CFA in der Höhe von mindestens 15-20%, ist in einigen Ländern schon gegeben. Angeheizt durch Abwertungsgerüchte begann sich wie schon vor der ersten Abwertung - abgesehen von dem schon lange existierenden informellen Parallelmarkt zur Umgehung des bürokratischen Bankensystems der CFA-Zone (mit "Kommisssionen" bis zu 5%) - besonders in dern CEMAC-Ländern ein F CFA-Schwarzmarkt mit Abschlägen von bis zu 15% herauszubilden; auch die nach der Abwertung vom Bankensystem der CFA-Zone akkumulierten Liquiditätsreserven sind angeblich bereits wieder aufgezehrt.

Eine Flexibilisierung der Wechselkurse in einer modifizierten CFA-Zone, die eine den jeweiligen nationalen Wirtschaftsstrukturen angepaßte Geldpolitik erst ermöglichen würde, läge unter diesen Umständen im Interesse der betroffenen afrikanischen Völker. Dazu liegen seit Jahren ausgearbeitete Vorschläge unabhängiger afrikanischer Ökonomen auf dem Tisch (die verschiedenen technisch möglichen Alternativen detailliert zu diskutieren, würde den Rahmen dieser Ausführungen sprengen; s. dazu ausführlich Hugon 1998:381-393; Monga 1997; Kappel 1993:276-278). Eine zielorientierte und zudem relativ leicht umsetzbare Alternative wäre ein passives *crawling-peg* System, d.h. eine flexible Anbindung, z.B. über einen periodisch angekündigten Abwertungssatz, gekoppelt an die Entwicklung des Euro gegenüber dem Dollar (s. ausführlich Hugon 1998: 385). Alle diese Vorschläge wurden bislang von den europäischen und afrikanischen Politikern, die über die Zukunft des CFA zu entscheiden haben, ignoriert. Eine gänzliche Freigabe und/oder Abkoppelung wäre allerdings allenfalls unter der Voraussetzung einer verantwortungsvollen Regierungsführung und einer konsequenteren Strukturanpassungspolitik der betroffenen afrikanischen Länder zu empfehlen. Gemäß dem von Monga (1997:113-119) entwickelten Kosten-Nutzen-Modell könnten zwar 11 von 13 CFA-Ländern davon profitieren, wenn sie die Währungsunion verlassen und eine eigene nationale Währung kreieren würden; diese Berechnungen bleiben aber solange graue Theorie, wie es

den afrikanischen Ländern nicht gelingt, die gegenwärtigen Rentier-Ökonomien und nationalen sowie internationalen Patronagesysteme zu entmachten und außerdem ihrer eigenen Justiz sowie den Finanzinstitutionen bzw. Zentralbanken die Unabhängigkeit von politischer Einflußnahme zu garantieren, die sie für ihre Arbeit benötigen. Unter den gegebenen Umständen wäre **die Aufrechterhaltung der Währungsunion mit unterschiedlicher Parität jeweils für die west- und zentralafrikanische Zone und flexibler Anbindung an den Euro die beste Lösung.** Auf diese Weise würde auch dem berechtigten Wunsch der afrikanischen Länder nach größerer Autonomie von der Bevormundung durch französische oder europäische Finanzinstitutionen entsprochen. Solch eine Regelung könnte darüber hinaus zusätzliche Anreize zur seit langem vergeblich angestrebten Währungsintegration innerhalb der ECOWAS geben, indem Vorbehalte der beiden regionalen Wirtschaftsgiganten Ghana und Nigeria gegenüber dem Eintritt in die CFA-Zone wegen zu großer Abhängigkeit von französischen Interessen weitgehend ausgeräumt und die Verhandlungsmacht der ECOWAS gegenüber der EU und anderen Außenhandelspartnern erheblich gesteigert würden (s. Kappel 1993:278).

Die Beibehaltung der Währungsunion für die gesamte CFA-Zone geht insbesondere auf Kosten der ärmsten Länder (z.B. Sahelländer, die mit dazu beitragen, die Zahlungsbilanzdefizite der reicheren CFA-Länder zu decken), der ärmeren Gesellschaftsschichten in der gesamten Zone (s.o.) sowie des französischen Steuerzahlers, der indirekt den Wunsch etablierter Patronagenetzwerke nach Aufrechterhaltung von Sonderprofiten und französischer *Grandeur* finanziert. Die Opportunitätskosten der Aufgabe einer souveränen Geld- und Fiskalpolitik durch die CFA-Länder, die die von einer Währungsunion versprochenen Gewinne (wie verbesserte Absatzmärkte etc.) nicht einstreichen können, fallen ebenfalls bei den schwächsten Ländern am meisten ins Gewicht (s. Monga 1997). Aber selbst von einer flexibleren, regionalisierten Anbindung würden wesentliche Teile der betroffenen Bevölkerung nicht profitieren; regionale Ausgleichsfonds für strukturschwache Gebiete sowie eine effektive Regionalpolitik müßten dem entgegenwirken.

Schließlich sollten wir uns in Erinnerung rufen, daß die gegenwärtige Strukturkrise der CFA-Länder keineswegs vorrangig ein monetäres Problem ist. Mangelnde Absatzchancen auf dem Weltmarkt sind auch nicht allein auf zu niedrige Produktivität afrikanischer Produzenten zurückzuführen. Strukturanpassung in Afrika bleibt ohne Strukturanpassung in den westlichen Industrienationen auf halbem Wege stecken. Der Verfall der *terms of trade* für die Agrarexporte Afrikas wird letztlich in den industrialisierten Ländern wesentlich mitverursacht, z.B. durch eine Externalisierung der Umweltkosten seitens der Industrieländer; noch so hohe Abwertungsraten der CFA-Franc verbessern außerdem nicht die Absatzchancen afrikanischer Bauern wenn die dreifach subventionierten EU-Rindfleisch- und Nahrungsmittelexporte den

westafrikanischen Markt und die Überlebenschancen afrikanischer Bauern im Sahel zerstören oder wenn die USA weiterhin ihre eigene Baumwollproduktion so hoch subventionieren, daß sie den Weltmarkt zu Dumpingpreisen überschwemmt. Schließlich wird das bis zum Jahr 2000 neu auszuhandelnde Lomé-Abkommen nicht ohne Auswirkung auf die Außenhandelsstruktur der CFA-Länder bleiben (die alle dem Lomé-Abkommen angehören). Auch wenn es unwahrscheinlich ist, daß die AKP-Staaten sich zukünftig direkt mit den Währungsproblemen der CFA-Zone oder einer Währungsintegration beschäftigen werden, so bietet die Neuaushandlung dieses Abkommens gemäß den durch das "Grünbuch" der EU vorgezeichneten Richtlinien die Chance einer zielorientierten Unterstützung nicht nur der erwähnten politischen Konditionen, sondern auch einer regional differenzierten und angepaßten Strukturpolitik.

Literatur:

Alibert, Jacques (1997), "Les conséquences de la dévaluation du franc CFA", Marchés Tropicaux, 15.08.1997:1795-1801

Devarajan, Shantayanan/Hinkle, Lawrence E. (1994),"The CFA Franc Parity Change: an opportunity to restore growth and reduce poverty", *Afrika Spectrum*, 29 (1994) 2:131-151.

Diallo, Mamadou (1998), "Quelques axes de réflexion pour un partenariat nouveau", in: GEMDEV, 1998:395-406.

Fondation Friedrich-Ebert au Cameroun (ed.) (1997), "La Zone Franc face á la Monnaie Unique Européenne", Institut Supèrieur de Management Public, Yaoundé 1997.

Devey-Malu Malu, Muriel (1998), "UEMOA et CEMAC: Evaluation comparée de la conjoncture économique en 1997", Marchés Tropicaux, 15.05.1998:1011-1013.

GEMDEV (ed.) (1998), "La Convention de Lomé en Question", Ouvrage publié avec les soutiens de la Commission Européenne, du Secrétariat d´Etat à la Coopération et de l´Agence de la Francophonie, Paris, Editions Karthala

Hadjimichael, Michael T./Galy, Michel (1997), "The CFA Franc Zone and the EMU", IMF Working Paper 97/156, International Monetary Fund, November 1997.

Kappel, Robert (1993), "Future prospects for the CFA Franc Zone", *Intereconomics*, 28 (1993)6: 269-278.

Kohnert, Dirk (1994), "Die Krise der Communauté Française Africaine", *Internationale Politik und Gesellschaft* (FES), 4 (1994):385-396.

Hugon, Philippe (1998), "Les avatars de la Zone Franc face à l'Euro", in: GEMDEV, 1998:363-394

Monga, Célestin (1997), "A Currency Reform Index for Western and Central Africa", *World Economy*, (January) 1997:103-125.

Pelletier, Pierre (1997), “Zone Franc 1996: l’ espoir renaît”, Marchés Tropicaux, 22.08.1997:1843-1845; 29.08.1997: 1891-1898.